

"VON AMPRION NICHT EINSCHÜCHTERN LASSEN"

Osnabrücker Initiative gegen 380-kV-Leitung sieht die Politik am Zug

Von [Matthias Liedtke](#)



Illustre Gesprächsrunde in der vollen Scheune des Hofes der Familie Vogt in Lüstringen: (auf dem Podium von links) Johannes Meyer zum alten Borgloh, Frank Vornholt, Bernhard Heidrich und Winfried Wilkens. Foto: David Ebener

Osnabrück. Mit einem bunten Aktions- und Informationstag mit Live-Musik und Angeboten für Kinder auf dem Hof der Familie Vogt in Lüstringen hat die im Mai gegründete Osnabrücker Bürgerinitiative "Keine 380-kV-Freileitung in Darum und Lüstringen" die Besucher auf den neusten Stand der Diskussion gebracht – mit Infoständen auch anderer Initiativen und einer Podiumsdiskussion mit kompetenten Gesprächspartnern.

Bis 2030 sollen zwei Drittel des in Deutschland benötigten Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen werden – fast doppelt so viel wie bisher. Um dieses ambitionierte Klimaziel zu erreichen, sollen neue Hochleistungstrassen gebaut werden, die den sauberen Strom von den zum Teil noch nicht angeschalteten Windparks im Norden in Richtung Süden weiterleiten können.

Durch seine geografische Lage ist davon auch der Landkreis Osnabrück betroffen. So wenig der Strom aber bislang im Süden ankommt, so wenig gut kommen bei vielen hiesigen Bürgern die Pläne an, dafür eine 380-kV-Freileitung zu schaffen, die unter anderem quer durch ein beliebtes Naherholungsgebiet verlaufen würde. Deshalb hat sich im Mai in den Ortsteilen Darum und Lüstringen [eine lokale Bürgerinitiative](#) gegründet, die sich als jüngste von insgesamt sechs der Gesamtinitiative „Keine 380-kV-Freileitung am Teuto“ angeschlossen und seitdem schon einige Diskussions- und Informationsveranstaltungen organisiert hat.



Auch über vergangene Veranstaltungen der Bürgerinitiative konnten sich die Besucher informieren. Foto: David Ebener

Buntes Programm

Die bislang größte fand am Samstag statt: Bei dem bunten Aktionstag auf dem Gelände des Hofes der Familie Vogt in Lüstringen gab es Spiel- und Bastelangebote für Kinder, selbstgebackenen Kuchen und Stände auch anderer Initiativen. Vertreten war etwa das Forschungsprojekt „Grüne Finger“ für eine „klimaresistente“ Stadt, das Umweltmobil „Grashüpfer“ oder eine Initiative zur Rettung von Rehkitzen während der Mahd. Nach Live-Auftritten der Band Ombre Di Luci und des Männerchores Osnabrück-Gretesch sowie der Vorführung eines neuen Films der Bürgerinitiative war schließlich die Bühne unter dem großen Scheunendach frei für eine von Dorothee Kellermann von Schele moderierte Podiumsdiskussion mit kompetenten Gästen, die die zahlreichen Besucher an diesem sonnigen Nachmittag auf den neuesten Stand bringen sollte.



Laternen für die kommende Martinsaktion gegen die Freileitung konnten Kinder basteln. Foto: David Ebener

Pochen auf Verträglichkeiten

Einig waren sich die vier Teilnehmer darüber, dass die geplante Stromtrasse möglichst raum-, umwelt- und auch sozialverträglich gestaltet werden sollte. Bernhard Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems verwies allerdings darauf, dass alles nur „innerhalb des gesetzlichen Rahmens“ geschehen könne. Dass genau der aber aufgrund des Zeitdrucks nicht ausgereizt werde, bemerkte Winfried Wilkens als Vertreter des Landkreises. Eine zu große Annäherung der Leitung an Menschen und Naturschutzgebiete als sogenannte „Auslösekriterien“ für eine von den Bürgerinitiativen favorisierte Erdverkabelung würden vom Vorhabenträger Amprion „zu wenig berücksichtigt“, kritisierte der Kreisrat. Dem stimmte Heidrich zu und versprach, dem Unternehmen diesbezüglich gemeinsam auf die Finger zu schauen.



Hochspannende Diskussionen in der Scheune. Foto: David Ebener

Pro Erdverkabelung

Wilkens betonte, dass man von Amprion erwarten könne, die Chancen des gesetzlich erreichten „Teilerdkabelpilotprojekts“ dort, wo die Auslösekriterien gegeben seien, auch zu nutzen. Frank Vornholt bekräftigte dagegen als Sprecher der Gesamtbürgerinitiative, dass man an der Forderung einer Vollverkabelung festhalten wolle – zumal sie „woanders“, etwa in Bayern, anscheinend „problemlos möglich“ sei. Amprion müsse klargemacht werden, dass nicht sie die Gesetze machen, sondern der Staat. Auch der Vorsitzende der Waldschutzgenossenschaft Osnabrück-Süd, Johannes Meyer zum alten Borgloh, hält die Frage, ob eine Freileitung oder eine Erdverkabelung gebaut wird, für eine rein politische Entscheidung. Das Kabel unter die Erde zu legen, sei aus Gründen des Naturschutzes und im Hinblick auf die Akzeptanz der Bevölkerung die vernünftigste Lösung. Begeistert von einem Graben durch das Gelände, der Waldränder erzeuge, die dann nicht mehr nutzbar seien, sei er zwar auch nicht – er sehe aber die Notwendigkeit der Trasse.



Gesamtsprecher Frank Vornholt (links) und Bernhard Heidrich vom Landesamt. Foto: David Ebener

Neue Technik nutzen

Auf die Frage eines Landwirtes, der Ertragsausfälle fürchtet, bemerkte Meyer zum alten Borgloh, dass auch bei einer Freileitung, die insgesamt der „größere Eingriff“ in die Natur wäre, die Bodenstruktur erwiesenermaßen nicht unbeschadet bleibe. Vornholt verwies in diesem Zusammenhang einmal mehr darauf, dass für die Verlegung von Erdkabeln die noch relativ neue AGS-Kabelverlegetechnik genutzt werden könne, die die Breite der Trassen und damit auch der Magnetfelder deutlich reduziere. Warum dies anscheinend bei der Planung nicht in Erwägung gezogen wird, blieb am Ende ebenso offen wie die Fragen der Zuschauer, warum bestehende Trassen nicht genutzt würden oder wann mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen sei. Die fachkundigen Podiumsgäste konnten diesbezüglich allenfalls eine grobe Schätzung abgeben: Würden alle Klagemöglichkeiten ausgeschöpft, könne sich das Verfahren durchaus bis Ende 2023 hinziehen.

Da aktuell das Raumordnungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei, riet Vornholt allen Grundstückseigentümern, von denen Amprion derzeit eine Zutritterlaubnis erbittet, diese zu verweigern. Als Betroffener solle man sich nicht "verunsichern und einschüchtern" lassen, mahnte der Sprecher der Gesamtbürgerinitiative. Die Entscheidungen treffe immer noch die Politik und kein Konzern.